

SoVD-Landesvorsitzender auf der DGB-Kundgebung zum 1. Mai

Umverteilen dringend nötig

Klaus Wicher war am 1. Mai einer der Hauptredner bei der DGB-Kundgebung auf dem Harburger Rathausplatz. Er forderte in seiner Rede die Reform des Sozialstaats, damit der soziale Frieden gesichert bleibt.

„Armut und Reichtum haben bundesweit in der Krise zugenommen. Deswegen Umverteilen jetzt! Das fordern Gewerkschaften und der SoVD gemeinsam. Die mit den starken Schultern müssen zur Krisenbewältigung und zum Erhalt des Sozialstaates mehr beitragen, als diejenigen, die schon jetzt sozial benachteiligt sind. Dies wird ein großer gesamtgesellschaftlicher Kraftakt werden“, so Klaus Wicher in seiner Rede.

Hartz IV erklärte der SoVD-Landesvorsitzende eine klare Absage. Dem Senat las er die Leviten. Corona habe die Stadt tief gespalten, denn in den



Klaus Wicher als Redner vor dem Harburger Rathaus.

Stadtteilen mit den höchsten Inzidenzen herrsche gleichzeitig große Armut. „In Ham-

burg gibt es nach wie vor kein schlüssiges Programm, das Armut wirksam bekämpft!“

Wir haben geholfen

Zweimal erfolgreich gekämpft

Es ist immer gut, eine starke Gemeinschaft hinter sich zu haben. Das hat unser SoVD-Mitglied Gerhard B. vor Kurzem hautnah am eigenen Leib erfahren. Den SoVD kennt der 65-Jährige schon länger: Vor zwei Jahren wollte die Pflegekasse Herrn B. in seinem Pflegegrad zurückstufen. Schon damals setzten unsere SoVD-Fachjuristen durch, dass die Reduzierung unangemessen war.

Da Herr B. aufgrund einer Parkinson-Erkrankung gehbehindert ist, musste er sich eine barrierefreie Wohnung suchen. Sein bisheriger Vermieter, eine Genossenschaft, bot ihm kurzfristig eine passende Wohnung im Nachbarhaus an. Ein wahrer Glücksfall, denn auf dem Hamburger Wohnungsmarkt sind solche Objekte zu einem angemessenen Mietpreis heiß begehrt. Durch die neue Wohnung konnte Herr B. außerdem in seinem Lebensumfeld und seiner Nachbarschaft bleiben. Ohne lange zu zögern sagte er zu.

Wohnungswechsel beim Jobcenter melden

Das Jobcenter sah die Sache allerdings anders. In dem Ablehnungsbescheid teilte es Herrn B. mit, dass ein Umzug zwar erforderlich, die Mehraufwendung für das neue Dach über dem Kopf jedoch nicht angemessen sei. Zugleich wies das Amt ausdrücklich darauf hin, dass es bei einem Umzug, der ohne Zustimmung des Jobcenters erfolgt, die Miete nur in Höhe der angemessenen

Kosten übernommen wird. Ein Widerspruch wurde abgeschmettert, Herr B. zahlte den Unterschiedsbetrag von monatlich 50 Euro aus eigener Tasche.

Ein gutes halbes Jahr später musste Herr B. einen Antrag auf Weitergewährung der Mietzahlungen beim Jobcenter stellen. Er staunte nicht schlecht, als stattdessen ein Änderungsbescheid in seinem Briefkasten lag. Darin fehlten die Mietkosten komplett. Das Amt begründete dies mit dem Hinweis, dass Herr B. umgezogen sei, dies aber nicht dem Jobcenter mitgeteilt habe; auch habe man keine Kenntnis darüber, wie hoch die jetzige Miete überhaupt sei.

Im Zweifel Bescheide immer prüfen lassen

Völlig aufgeregt meldete Herr B. sich wieder beim SoVD. Auch die beratende SoVD-Juristin war hochgradig irritiert, vor allem, weil es kurz zuvor ja die Auseinandersetzung zum Umzug in die barrierefreie Wohnung gegeben hatte. Sie legte sofort Widerspruch gegen den Änderungsbescheid ein. Mit

Erfolg, denn schon nach kurzer Zeit erhielt Herr B. die erfreuliche Mitteilung, dass das Amt seinen Fehler eingesehen hatte und wieder die angemessene Miete zahlen wollte.

Dass es sich wirklich lohnt, dem SoVD treu zu bleiben, zeigt das Ende der Geschichte. Im Nachgang forderte das Jobcenter Herrn B., der kurz vor der Altersgrenze stand, auf, einen Rentenantrag zu stellen. Es werde seine Leistungen einstellen, Herr B. müsse sich beim Grundsicherungsamt melden.

Hier brauchte Herr B. noch einmal die ganze Unterstützung durch den SoVD. Denn die vorangegangenen Auseinandersetzungen hatten Spuren bei ihm hinterlassen. Die Angst, kein Geld für den Lebensunterhalt und die Miete mehr zu bekommen, hatte ihm stark zugesetzt. Seine juristische Beraterin regelte alles für ihn zu seiner vollsten Zufriedenheit: Seit April bezieht Herr B. jetzt seine Altersrente und ergänzende Leistungen vom Grundsicherungsamt – inklusive aller ihm zustehenden Mehrbedarfe.

Ansichten

Liebe Mitglieder, Freundinnen und Freunde des SoVD,



Klaus Wicher

mit mehr als 23.000 Mitgliedern sind wir der mit Abstand größte und leistungsfähigste Sozialverband in Hamburg. Und wir wachsen auch während der Corona-Krise. Das hat natürlich Gründe: Wir setzen wichtige sozialpolitische Forderungen auf Bundes- und Landesebene durch. Bessere Renten und mehr Leistungen in der Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung sind unter anderem unsere Ziele auf Bundesebene. In Hamburg haben wir in jüngster Zeit dazu beigetragen, dass ältere Menschen ins Impfzentrum gefahren werden, dass Servicewohnanlagen beim Impfen vorrangig berücksichtigt werden und das Thema Armut und Gesundheitsgefährdung auf der Tagesordnung der Politik erscheint. Diese Ziele konnten wir durchsetzen, weil wir eine starke Stimme in der Stadt sind.

Wichtig ist uns aber auch eine gute Unterstützung für unsere Mitglieder. Das beginnt bei unserer fundierten Sozialrechtsberatung und der Vertretung vor Gericht oder bei Widersprüchen. Dieses für Sie wichtige Beratungsangebot bieten wir in Zeiten der Pandemie seit nun schon mehr als einem Jahr im vollen Umfang telefonisch und per E-Mail an. Seit einiger Zeit können wir Angebote wie die Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung auch per Videokonferenz beraten. Das ist für viele unserer Mitglieder eine deutliche Erleichterung.

Fast haben wir bei unseren Leistungen eine Rundumversorgung, mit besonderen Angeboten zur Rente-, Kranken- und Pflegeberatung, Hilfsfonds für bedürftige Frauen, vergünstigte Steuerhilfen und Versicherungsleistungen bis zu Vorteilen bei der Sterbevorsorge.

Wir finanzieren unser politisches Engagement und unser gesamtes Angebot aus Mitgliedsbeiträgen. Dafür möchte ich mich auf diesem Weg für Ihre Treue aufrichtig bedanken.

Von Herzen wünsche ich Ihnen: Bleiben Sie gesund.

Ihr Klaus Wicher, 1. Landesvorsitzender

Höhere Corona-Fallzahlen in armen Stadtteilen

Armut macht krank

Eine bittere Erkenntnis aus der Corona-Pandemie ist: In Stadtteilen, die von Armut geprägt sind, infizieren sich mehr Menschen mit dem Virus. Bereits Anfang April hatte SoVD-Landeschef Klaus Wicher im Hamburg Journal auf diesen Zusammenhang hingewiesen.

Die Ansteckungen in den ärmeren Stadtteilen waren zum Zeitpunkt des Interviews in die Höhe geschossen. Klaus Wicher forderte die Politik auf, schnell zu reagieren und so viel wie möglich zu testen und zu impfen: „Das Problem ist, dass Armut die Menschen dazu zwingt, in beengten Wohnverhältnissen zu leben, sich weniger gut zu schützen, sich schlechter ernähren zu können. Das gilt nicht nur für die Erwachsenen, schon Kinder und Jugendliche sind im Nachteil. Alle wissen, dass Arme ein deutlich höheres Risiko haben, zu erkranken und früher sterben.“

Die Zahlen sprechen für sich: In der unteren Einkommensgruppe liegt die Lebenserwartung für Männer bei 71 Jahren, Männer mit höherem Einkommen werden im Schnitt fast 80 Jahre alt. Bei Frauen ist das Verhältnis 78 zu 82 Lebensjahren. Auch deswegen fordert der SoVD vom Hamburger Senat ein wirksames Konzept zur Armutsbekämpfung, unter Beteiligung der Zivilgesellschaft. Klaus Wicher: „Wir dürfen nicht länger nur an den Symptomen rumdoktern, sondern müssen jetzt die Ursachen wirksam bekämpfen!“



Interview

„Wir bräuchten 10.000 Wohnungen jährlich“

Steigende Mieten sind nicht erst seit der Pandemie ein Problem für die Hamburgerinnen und Hamburger. Der SOVD Hamburg hat mit Dr. Rolf Bosse, designerter neuer Geschäftsführer des Hamburger Mietervereins und Nachfolger von Sigmund Chychla, über Mietbegrenzungen und sozialen Wohnungsbau gesprochen.

___Herr Bosse, welches Instrument ist aus Ihrer Sicht grundsätzlich sinnvoll, damit Mieten und Wohnen bezahlbar bleiben?

Eine mietpreisdämpfende Regelung muss nicht nur wirksam, sondern verfassungsrechtlich Bestand haben. Die Mietpreisbremse, die es in Deutschland seit 2015 gibt, hat leider kaum Wirkung gezeigt; Mieter können sie kaum nachverfolgen. Außerdem gibt es zu viele Ausnahmen, die die Vermieter natürlich ausnutzen. Wir fordern deshalb, dass diese gestrichen werden und Mietpreisüberhöhungen als Ordnungswidrigkeit verfolgt werden.

___Wie sieht es in Hamburg aus?

Der Hamburger Mietenspiegel hilft seit 1976, den Anstieg der Mieten zu bremsen, besonders bei vermieteten Wohnungen. Allerdings verteuerten sich neu vermietete oder modernisierte Alt-

bauten unkontrolliert stark. Das führte zu einem überproportional starken Anstieg der Mieten im Mietenspiegel. Hier muss nachgesteuert werden.

___Welche Wirkung haben Sozialwohnungen? Reichen die vom SoVD Hamburg geforderten 5.000 Sozialwohnungen pro Jahr?

Sozialwohnungen bleiben bei der Erstellung des Mietenspiegels außen vor. Sie haben keinen Einfluss auf Mieten der nicht geförderten Wohnungen. Der Sozialwohnungsbestand ist von fast 400.000 auf aktuell weniger als 80.000 zusammengeschrunft. Um den Bedarf zu decken, bräuchten wir mindestens 10.000 neue Sozialwohnungen jährlich in den nächsten zehn Jahren. Wenn 5.000 jährlich neu entstehen, würde das immerhin die ersetzen, die aus der Preisbindung fallen – und den Bestand erhöhen, allerdings nur sehr moderat. Wichtig ist, die

Preisbindung möglichst lange aufrechtzuerhalten. Der Mieterverein tritt auch dafür ein, dass Wohnungen, die auf städtischen Grund gebaut werden, unbefristet preisgebunden bleiben.

___Wer hat Anspruch auf eine Sozialwohnung?

In Hamburg gibt es leider viele, die keinen Anspruch haben, weil ihr Einkommen knapp über den zulässigen Grenzen liegt. Wegen der hohen Mieten im Neubau oder der stark gestiegenen Bestandsmieten finden sie aber auch nichts auf dem freien Markt. Das heißt: Wir brauchen mehr bezahlbare Mieten auch im preisfreien Neubau. Die Kosten hier könnten schon sinken, wenn städtische Grundstücke nicht verkauft, sondern im Wege des Erbbaurechts vergeben würden.

___Wie sehen Sie die Rolle der SAGA als städtisches Unternehmen?

Wegen ihrer verhältnismäßig niedrigen Mieten sind die mehr als 130.000 Wohnungen der SAGA zusammen mit dem Wohnungsbestand der Genossenschaften ein wichtiger und stabilisierender Faktor auf dem Hamburger Wohnungsmarkt. Doch auch hier gibt es Potenzial für Verbesserungen, etwa durch mehr Neubauten, geringere Eingangsmieten und moderatere Mietsteigerungen. Hamburg hat mit der wirtschaftlich gut aufgestellten SAGA die Möglichkeit, die Wohnraumversorgung positiv im Sinne der Mieter zu beeinflussen. Der Senat sollte diese Chance stärker nutzen, als bisher.

___Wie bewerten Sie die Ankündigung des Senats, mehr Sozialwohnungen fertigzustellen?

Angesichts der vielen aus der Bindung fallenden Wohnungen, ist die Neubaupolitik in der Hansestadt im Bundesvergleich erfreulich – aber noch



Dr. Rolf Bosse

keine Trendumkehr. Eine solche brauchen wir aber dringend! Erforderlich sind Anreize, mehr öffentlich geförderte und bezahlbare, preisfreie Wohnungen zu bauen. Eine Voraussetzung ist, dass kommunale Grundstücke auch kommunal bleiben und im Wege des Erbbaurechts an diejenigen vergeben werden, die dort bezahlbaren Wohnungsbau schaffen wollen. Jede Investition der Stadt in Wohnraum, der dauerhaft preisgebunden ist, ist nicht nur sinnvoll, sondern gleichzeitig auch eine Kapitalanlage, von der ganz viele in der Stadt etwas haben.

Interview: hri



Termine

1. Juni, 18 Uhr: SoVD-Talk „Für soziale Sicherheit im Alter“ - Jung oder alt: Armut im Alter geht uns alle an! Klaus Wicher im Gespräch mit Prof. Dr. Ragnar Hoenig, Sozialrechtler an der TH Köln.

11. Juni, 10.30 Uhr: „Für eine Neuausrichtung der Rentenpolitik“ - gemeinsamer Jahresempfang des SoVD und der DGB-Senioren Hamburg. Begrüßung: Klaus Wicher, Vorsitzender SoVD Hamburg, Rede: Anja Piel, DGB-Bundesvorstand, Schlusswort: Katja Karger, Vorsitzende DGB Hamburg. Anmeldung mit dem Stichwort „Jahresempfang“.

17. Juni, 18.30 Uhr: SoVD-Talk „Nachhaltig sozial: So muss Hamburg sein!“. Leitlinien für eine Politik nah am Menschen – für Teilhabe und Chancengleichheit. Klaus Wicher im Gespräch mit den sozialpolitischen Sprecher*innen der Bürgerschaftsfraktionen SPD, Grüne, CDU, Die Linke und FDP.

Alle Veranstaltungen finden online via Zoom statt, die Anmeldung erfolgt per E-Mail unter: anmeldung@sovd-hh.de.

Leitlinien Sozialpolitik

Einen kritischen Überblick, was die Sozialpolitik in Hamburg leistet und bei welchen Aspekten noch sehr viel Luft nach oben ist, bieten die „Sozialpolitischen Leitlinien“. 13 Kapitel beschreiben nicht nur den Ist-Zustand in Lebensbereichen von Kindern und Jugendlichen, Frauen oder Senioren. Sie informieren auch über aktuelle Themen wie Digitalisierung, Wohnen, Mobilität, Arbeit und Klimaschutz.

Dabei navigieren die Leitlinien durch die Hamburger Sozialpolitik und liefern Argumente, wenn es um Fragen zur sozialen Teilhabe geht wie: Was tun gegen (Alters-)Armut? Wie kommen Alleinerziehende aus dem sozialen Abseits?

Die Leitlinien stehen online auf der Webseite des SoVD Hamburg unter: www.sovd-hh.de/sozialpolitik-hamburg/sozialpolitische-leitlinien-hamburg.

Neue Sozialwohnungen müssen mit passender Infrastruktur errichtet werden

Sozial bauen – aber mit Plan

Hamburg hat definitiv zu wenig Sozialwohnungen. Es gelingt nicht, bezahlbaren Wohnraum in guten Lagen in ausreichendem Maße zu bauen. Der SoVD fordert seit Langem den Neubau von mindestens 5.000 Wohnungen pro Jahr.

Hamburgs SoVD-Landeschef Klaus Wicher fragt: „Was ist aus dem Vorhaben der Grünen geworden, in Stadtteilen wie etwa in Blankenese und Volksdorf bezahlbaren Wohnraum zu erstellen. Platz ist dort genug, es passiert wenig bis garnichts“.

Die Stadt muss zulegen. „In Hamburg sind in den letzten zehn Jahren im Schnitt 2.000 neue Sozialwohnungen gebaut worden. Das reicht bei Weitem nicht, um den Bestand dauerhaft zu erhöhen“, sagt Wicher. Vor zehn Jahren gab es in Hamburg etwa 250.000 Sozialwohnungen, derzeit sind es nur noch rund 77.000.

Er warnt aber davor, alte Wege weiterzugehen: „In den Metropolen entwickelt sich das ökologische und klimaneutrale Bauen. Das ist auch gut so. Heute will kein Mensch mehr in Wohnburgen in Stadtteilen leben, die nur entstanden sind, um möglichst viele Menschen mit kleinem Einkommen unterzubringen, wie Steilshoop oder Jenfeld. In der Folge, auch weil die richtige Infrastruktur nicht



Hamburg will und muss mehr günstigen Wohnraum schaffen.

vorhanden war, entstanden soziale Brennpunkte. Dies müssen wir bei den Planungen für die Zukunft besser machen.“

Nach Ankündigungen der Stadt soll in den kommenden Jahren neuer sozialer Wohnraum verstärkt an den großen Einfallstraßen der Stadt entstehen. Wicher mahnt: „An vielen Stellen werden schon jetzt Häuserschluchten hochgezogen. Das sind Bausünden, die später nicht mehr rückgängig gemacht werden können. Es muss so gebaut werden, dass an diesen Stellen Aufenthaltsqualität entsteht. Dazu gehört

eine aufgelockerte Bauweise, besserer Lärmschutz und viel mehr Grün. Dazu gehört auch eine gute Infrastruktur.“ Insgesamt muss die Stadt nicht nur mehr sozial bauen, sondern auch den sozialen Zusammenhalt stärken: „Wir fordern Quartierzentren, in denen alle aus der Nachbarschaft zusammenkommen können und Infos und Hilfsangebote vor Ort bieten. Davon hätten vor allem die Älteren etwas, wenn es darum geht, so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden zu bleiben, der Einsamkeit und Armut zu entgehen.“